

Wöchentliche Anzeiger für Teuchern und Umgegend.

Anzeigenpreis: Die längste Spalte 15 Pf.
Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zeitspende 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Größere und kompliziertere Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unsere Hände sein.
Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Vierteiljährlicher Verkaufspreis: durch unser Postfach Nr. 160 W., von unseren Boten ins Land gebracht 1,75 W. und durch den Postträger 1,74 W.

Vierteiljährlich und monatlich Bezüge werden außer in der Geschäftsstelle, Postfach Nr. 160, auch von unseren Boten und allen Postämtern angenommen.

Amtesliches Verkündungsblatt für die Stadt Teuchern.

Nr. 144.

Sonnabend, den 7. Dezember 1918.

37. Jahrgang.

Der Zustand in Deutschland.

Drei Strömungen haben sich in Deutschland jetzt besonders bemerkbar gemacht: zuerst der Streik darüber, was in der Regierung mitwirken und in Einzelheiten das erste Wort sprechen soll, und zweitens der Ruf nach mehr Verdienst, Gehalt, Entlohnung, kurzum, nach mehr Geld. Im ersten Fall ist nicht sehr daran gedacht, daß wichtiger als das Regieren der deutschen Republik deren Existenz ist, denn die Existenz trägt sich mit Verdienungsfragen gegen uns, und im zweiten Fall ist wenig daran gedacht, was als geforderte Geld kommen soll. Wichtiger als die Sicherung des Geldes ist diejenige eines lebensfähigen deutschen Staates. Ist der nicht da, gibt es weder viel Geld zu verdienen, noch viel zu regieren.

Im feindlichen Ausland, und zwar nicht nur in Frankreich, England, Italien, Amerika, sondern auch in Polen und bei den Russen in Ostpreußen wird der Zustand in Deutschland so eintreffend in den Zeitungen geschildert, daß man denkt, keine Klaffenden mehr nehmen zu brauchen. Aus dem bei uns herrschenden Streik der Worte werden wieder Taten der Ausführung gemacht, die Welt sei damit in dieser Welt doch nicht vorangekommen. Die deutsche Regierung darf diese Verleumdungen nicht dulden, es folgen somit von Feinde her viele Taten. Die Anlegung des Termins für die Wahlen zur Nationalversammlung genügt allein noch nicht, die deutsche Republik muß auch die bisher noch fehlende Anerkennung finden. Nicht diese Anerkennung, hängt auch die Garantie für die Lebensversicherung in der Welt. Die Frage sind brennender denn je, denn wir wissen nicht, welche Bedingungen noch für den Beginn der Friedensverhandlungen gestellt werden. Auch die Sicherung der Arbeitsbeschäftigung an die heimkehrenden Soldaten in Deutschland darf damit Hand in Hand. Bei einer allgemeinen Unfreiheit für die Zukunft wird wenig getan, und es nicht also die Arbeit nicht viel, selbst wenn die erforderlichen Rohmaterialien in genügender Menge da wären. Wenn wir darüber beruhigt sind, daß wir existieren können, dann wird sich nach dem Zusammenschluß der Nationalversammlung das Regieren schon finden.

Auch die Geldfrage kann allein durch eine Konföderation der deutschen Republik entschieden werden. In einer großen Versammlung, in der ein Regierungsmittglied die Unmöglichkeit betont, alle finanziellen Ansprüche zu erfüllen, wurde gerufen: „Das Kapital beschlagnahmen!“ Na, haben wir denn heute überhaupt noch ein so großes Nationalvermögen? Die gewaltigen Kriegsschulden sind bekannt, sie werden noch gesteigert durch die feindlichen Beschuldigungsforderungen und durch den Wiederaufbau Deutschlands. Kann aus die Willküransgaben verringert werden, so kommen dafür doch die großen, großen Summen für Kriegesbedürftige und Hinterbliebenen, Arbeitslöhne und Erwerbslosenunterstützung steigen, und wir wissen nicht, ob die Kaufkraft des Geldes anwächst. Der Absatz nach dem Ausland ist unlässig, denn zunächst will die steigende Welt der Welt, das sind die wichtigsten Schwierigkeiten, die nicht trübsal zu werden brauchen, die aber verbunden, daß wir das Geld nicht zu beschaffen brauchen. Und Geld in ungenügender Menge durch Ausgabe neuer Banknoten schaffen, das heißt praktisch nur Geldentwertung.

Es kann alles leicht dekretiert werden, aber Theorie und Praxis haben sich noch niemals ohne weiteres völlig miteinander geteilt. Wenn die neue Republik Deutschland gedeihen soll, so kann das nur geschehen, wenn sie vom Vertrauen der Bevölkerung für die Zukunft getragen ist. Ist dies Vertrauen da, so wird auch die größte Schwierigkeit verhältnismäßig leicht. Es muß aus dem Volke herauswachsen. Volkswirtschaftler sagt es sich leicht, und vorbedingung ist, daß das Recht des deutschen Reiches in lebensfähiger Form gegenüber den offenen feindlichen Bedrohungen geschützt wird. Auf papierenen Verträge allein können wir nichts geben, dafür haben wir zu Lasten genug und dafür bekommen wir auch immer wieder neue Vorteile.

Was den Island zahlen soll.

Der parlamentarische Mitarbeiter der entschiedenen liberalen „Dahle Rens“ sagt, daß folgende Forderungen für Schadenersatzleistungen von den Alliierten gemacht wurden:

1. Während einer Reihe von Jahren soll Schadenersatz in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Diese werden auf 2-2,5 Milliarden Pfund Sterling bezetzt.
2. Sämtliche vernichteten Häuser in den Städten dieser Gebiete müssen von deutschen Arbeitern aufgearbeitet und das zu dem Wiederaufbau notwendige Material von deutschen Arbeitern beschafft werden.
3. Es soll Schadenersatz für den vernichteten Schiffbau geleistet werden. Dazu ist eine Reihe

darung zwischen den Alliierten und den Mittelmächten zu treffen, die dahin gehen sollte, daß sämtliche deutschen Schiffe für die Wiedergabe der gesamten Welt fähig, oder daß auf deutschen Werften neue Schiffe für die britischen oder anderen Kaufkraft-Flotten gebaut werden.

4. Außer dem Schadenersatz für Belgien und Frankreich ist eine Entschädigung für sonstige Verluste zu zahlen.

5. Alles in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert.

6. Von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren beibehalten werden muß. Außerdem ist die deutsche Kohlenzeugung unter der Kontrolle der Alliierten zu stellen.

7. Die Verbrechen in Italien, Serbien und Rumänien sind gleichfalls wieder gut zu machen.

Wie man die Kirche vom Staat trennen will.

In den ersten Revolutionsstagen ist man, wie noch erinnert, mit unheilbaren Beschäftigten sehr freigebig umgegangen, aus der alten Erfahrung hervorgehend, daß Papier geduldig ist. Auch Herr Adolf Hoffmann, der neue preussische Kultusminister, hat damals sofort einem seiner Stiefväter die Zügel schiefen lassen, und prompt die Trennung von Staat und Kirche dekretiert. Er wollte sogar den Geistlichen beide Konfessionen schon am 31. Dezember das Gehalt sperren.

Nachher hat auch Herr Hoffmann etwas Wasser in seinen roten Revolutionswein tun müssen. Buchstaben aus dem Lande, manche in nicht besonders hübscher Form, haben ihn darüber belehrt, daß das preussische Volk einen Eingriff in das religiöse Leben nicht erdulden würde. Auf eine Eingabe von Vertrauensmännern der Zentrumspartei des Westfälischen Provinzialparlamentes hat nun Hoffmann seinen Standpunkt wie folgt erweitert:

„... auch von den neuen Männern denke niemand daran, die religiöse und Gewissensfreiheit anzutasten. Das Erziehungsrecht der Eltern werde ungeschmälert bleiben, deshalb sollten die Eltern das Recht haben, ihre Kinder von angelegentlich derjenigen Kirche, welcher sie selbst angehören, in ihrem Glauben erziehen zu lassen.“

Dem Christentum werde volle Freiheit und Gleichberechtigung nach jeder Richtung hin gewährleistet.

Einseitigkeit der Trennung von Staat und Kirche sei es selbstverständlich, daß an dem Etat, der bis zum 1. April 1919 laufe, nichts geändert werde. Sollte die Trennung bis dahin nicht vollzogen werden, so werde ein schrittweiser Abbau der Bezüge der Kirche in einer Weise vorgenommen werden, der keinerlei soziale Härten, besonders gegen die ärmere Gemeinden, mit sich bringe.

An welcher Stelle sich aber der Kultusminister von der kirchlichen „Institution“ verabschiedet, darüber behält er einander. Er hat sich von ihm seinen Anhalt vom Councilsigen Presseverband wie folgt wiedergegeben:

„Kein Lehrer soll mehr angehalten werden dürfen, Heiligsagen anders als freiwillig, wo ein solcher dann überhaupt noch erteilt wird, zu senden brauchen. Solange die Kinder 14 Jahre alt geworden sind, sollen sie selber darüber entscheiden dürfen, ob sie noch am Heiligsagen teilnehmen wollen. Leider die durch den Fortfall des Heiligsagens verlorene Stunden soll als bald anderweitig verlegt werden, falls sich nicht sofort freiwillige Schritte, insbesondere kirchliche, finden, die den Unterricht übernehmen.“

Was diesen Bestimmungen wird Hoffmann, abgesehen von den Hochburgen seiner Anhänger, wenig Glück haben.

Zur Lage.

Soll und Erzberger sollen gehen.

In der letzten Sitzung des Volksrates erstattete der Delegierter des bayerischen Arbeiterrates Bericht über die Forderung der bayerischen Regierung, die es für ausgeschlossen hält, mit Soll und Erzberger Frieden zu bekommen. Hieran schloß sich der Bericht von zwei Mitgliedern des Volksrates, die zur Information in München weilten. — Gemäß dem Antrag eines bayerischen Delegierten wird beschlossen, mit Nachdruck zu verlangen, daß die bereits gestellte Forderung des Arbeiterrates erfüllt wird, und daß Erzberger nicht an den Friedensverhandlungen teilzunehmen soll.

Die heutige Lage des Volksrates tun wirklich alles, was in ihrer Macht steht, um den Frieden Deutschlands mit der Entente zu verzögern. Ein politischer Wechsel in der Leitung der Waffenstillstandskommission und des Auswärtigen Amtes müßte natür-

lich die Verhandlungen aufhalten, wenn nicht gar zur lange unmöglich machen.

Die Verhandlungen mit Ruhe abwarten.

Was die Anfrage von Marciall Hoch an unsere Vertreter gerichtete Anfrage, ob Deutschland die im Waffenstillstandsvertrag gestellte Forderung auf Auslieferung der großen Automotoren annehmen wolle, ist, von unserer Seite noch rechtzeitig vor Ablauf der uns gestellten vierundzwanzigstündigen Frist beantwortet worden. Es wurde erklärt, daß eine Abgabe der großen Automotoren über die Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages hinausginge, da dort wohl die Zahl, aber in keiner Weise die Größe der Automotoren festgelegt worden sei. Es müsse daher betont werden, daß die sehr erhabenen Ansprüche rechtlich nicht zu begründen seien. Mit ihrer Beibehaltung sei somit eine neue Situation geschaffen. Wenn wir ihr zustimmen wollten, müßte die Auslieferung bis zum 1. Februar hinausgeschoben werden, damit die reparaturbedürftigen Automotoren betriebsfähig gemacht werden könnten. Ein Antwort auf diese deutsche Erklärung war bis dahin noch nicht eingegangen, so daß kürzlich ein Brief darüber, ob Marciall sich noch für die Forderung erklärt hat, noch nicht möglich ist. Wie gemeldet, hält sich Hoch jetzt in London auf. Ein Grund zu befremdet. Unternehmung liegt für uns nach Meinung der ausländischen Stellen jedenfalls nicht vor, wie denn überhaupt unsere Vertreter der Meinung sind, daß die deutsche Seite die Bedingungen von den Bedingungen mit der Entente mit mehr Ruhe aufnehmen, schon allein weil alle gegenseitigen Verhandlungen der deutschen öffentlichen Meinung nur dann angehen, wenn sie auf die Bedingungen mit Marciall Hoch eine für uns ungünstige Veränderung auswirken. Von unserer Seite werden wir jedoch alles tun, um die deutschen Interessen in jeder Lage nach Kräften zu wahren.

Die Arbeitsaufträge müssen teilweise fortgesetzt werden.

Die Arbeitsaufträge auf den Arbeitsaufträgen an unserer Wirtschaft erfordert eine möglichst schnelle Einleitung aller Arbeitsarbeiten. Da es aber in vielen Fällen nicht möglich sein wird, die Arbeitsaufträge in vollem Umfang weiter zu beschäftigen, wenn die Arbeitsarbeiten nicht vollständig erfüllt sind, so muß die Arbeitsaufträge teilweise fortgesetzt werden. Solche Arbeitsaufträge werden ebenso wie die bereits ordnungsmäßig abgeleiteten Gegenstände während der Arbeitsaufträge befristet. Darüber bestehende Zweifel haben zu Arbeitsaufträgen und Arbeitsaufträgen geführt, die besser vermieden werden müssen.

Wozu grüßen.

Montag nachmittags 3 Uhr 30 Minuten hat das Gros des 1. deutschen Regiments Köln vom Dome abverlassen.

Protest gegen französische Übergriffe.

Gegen die schlimmen Verletzungen von Saarbrücken und Lothringen — gegen die Abfertigung deutscher Gebiete — gegen das Kriegsgeschehen.

Durch Vermittlung der schweizerischen Regierung ist den Beratungen der Entente in Bern folgende Protestnote vorgegangen:

1. Von der deutschen Regierung folgenden Nachrichten zufolge, sind vor einigen Tagen farbige französische Truppen in die Pfalz einmarschiert, dann aber wieder zurückgezogen worden, da sie vor dem im Waffenstillstandsvertrag festgelegten Armee eingezogen waren. Es sollen aber auch jetzt noch in der Abgrenzung der Pfalz zum Elsaß bereits farbige Truppen stehen. Die deutsche Waffenstillstandskommission in Spa hat auf ihre Anfrage, ob eine Besetzung des Gebietes durch farbige Truppen geplant sei, einen Antwort bis jetzt nicht erhalten. — Schon in der vorigen Nacht ihres Rückzuges in der Pfalz haben sich die

schwarzen französischen Truppen Nationalverbänden und andere Organisationen angeschlossen. — Die deutsche Regierung muß sich auf uns darüber äußern, wie sie die Bevölkerung des von der Entente zu belegenden deutschen Gebietes eine farbige Besetzung zu vermeiden werde. Es hat das Recht, zu fordern, daß die Bedingungen des Waffenstillstands, welche nach der feierlich erteilten Erklärung einen Frieden des Reichs herbeiführen und den Bund der Völker einleiten soll, in einem Glauben geschahen werden, der diesem hohen Ziele und den allgemeinen Grundsätzen der Menschlichkeit entspricht. Die Erklärung des internationalen deutschen Gewissens erfolgt

nicht in Wege feierlicher Erklärungen, sondern freilich, auf Grund eines abgeklärtesten Vertrages. Die Überführung farbiger Truppen auf deutsches Gebiet ist ein Verstoß auf das Gebot der Menschlichkeit der

...wenn die ...

...denklichen ...

Ein weiterer ...

Neue Entschlüssen aus Bayern.

Kein Tag ...

Kronprinz Rupprecht ...

Zu einem ...

Es kam ...

Der ...

Die Kosten der feindlichen Besatzung.

Der ...

Wolfsbühnen, 5. Dezember. ...

der nächsten Zukunft, und mit Spannung wird die Welt, namentlich Deutschland, die Beantwortung erwarten.

London, 5. Dezember. Das Reutersche Büro meldet: Man ...

Internationale Seepolizei.

Rotterdam, 5. Dezember. Reuters meldet aus New York: Der Washingtoner Korrespondent der „New York Times“ ...

Keine Reichskonferenz.

Berlin, 5. D. Der Antrag des bayerischen Ministerspräsidenten, in Jena eine neue Reichskonferenz der Bundesstaaten abzuhalten, wird von der Reichsregierung nicht ...

Berlin, 5. Dezember. Die deutsche Waffenstillstandskommission hat durchgehelt, daß von einer Internierung der ...

Wahlen zur Nationalversammlung schon am 15. Januar.

Wie der „Berl. Bot.-Anz.“ ...

Amsterdam, 4. Dez. Nach einer ...

Der ...

Entente-Kontrolle in Deutschland?

Genf, 4. Dez. „Genève“ ...

Aufhebung der Gütsbezirke.

Wie die „Pol. Parlamentsblätter“ ...

Wilson soll nach Köln kommen.

Köln, 5. Dezember. Die „Köln. Ztg.“ ...

Sperrung des Verkehrs über den Rhein.

Köln, 5. Dezember. Von 12 Uhr mittags ab ist der gesamte Rheinstrom ...

Die Friedenskonferenz in Paris.

London, 5. Dez. [Rute.] Die Internationalen Konferenzen ...

Die Verwaltungskosten der A. und S. Mäse. Der ...

Provinz und Hauptstädte.

Teuchern den 6. Dezember.

Der Soldatenrat beim Generalkommando ...

Die Bekanntmachung über die öffentliche ...

Das Reichsdrängungsamt gegen den ...

Keine wesentliche Verbesserung in der ...

Belg. 5. Dez. Ein Bürgerauschuss ...

Galle a. S., 3. Dez. Wenig erbauliche ...

Magdeburg, 3. Dez. In der Verammlung der Abgeordneten der S. M. des 4. A. R. am 27. d. M. in Magdeburg wurde festgestellt, daß mit dem Kom. General des 4. A. R. Generalleutnant v. Graebel, in der gegenwärtigen Verlegung ein harmonisches Zusammenwirken nicht möglich ist. Deshalb wurde die in nachstehendem Schreiben wiedergegebene Maßnahme beschlossen: An S. Exzellenz Generalleutnant v. Graebel, auf Grund des Beschlusses, der Vertreterverammlung der S. M. im Bereiche des 4. A. R. erklärt der Exzellenz v. Graebel, daß ein gezieltes Zusammenarbeiten mit dem jetzigen Kommandierenden General, Generalleutnant v. Graebel, unmöglich ist und fordert S. Exzellenz auf, sich unverzüglich dem Kriegsminister zwecks Entlassung zur Verfügung zu stellen. Die Führung der Geschäfte ist sofort dem Generalleutnant v. Werder zu übergeben. Die Unterzeichnenden ersuchen S. Exzellenz, durch Unterschrift bescheinigen zu wollen, daß Sie von Vorstehendem Kenntnis genommen haben. Der Exzellenz v. Graebel ist ferner (folgt Namen). Generalleutnant v. Graebel in sprach durch Namensunterschrift diesem Schreiben und an seiner Stelle hat Generalleutnant v. Werder die Führung der Geschäfte des 4. A. R. übernommen.

Magdeburg, 2. Dezember. Aus der neuen Wahlkreisverteilung, die bekanntlich 38 große Wahlkreise vor sich, seien die folgenden Zahlen wiedergegeben: Es werden im ganzen 453 Abgeordnete gewählt. Davon entfallen auf den Wahlkreis Magdeburg mit Anhalt 11 Abgeordnete, auf den Wahlkreis Westph. 9 Abgeordnete. Dies sind die beiden Wahlkreise in die die Provinz Sachsen eingeteilt ist.

Ersturt, 2. Dezember. Nach einer amtlichen Bekanntmachung des Magistrats wird wegen Rosenkranzspinn. von heute ab bis auf weiteres die Polizeistunde auf abends 9 Uhr festgesetzt. Für die Versammlungen und Theater gelten besondere Bestimmungen.

Ersturt, 5. Dezember. Im einflussreichsten bürgerlichen Organ Süddeutschlands, den Münchener Neuesten Nachrichten, lesen wir unter der Überschrift: „Die künftige Kreisstadt Deutschlands“ folgende Darstellung: „In vielen Kreisen ist man sich einig, daß Berlin nicht die Kreisstadt Deutschlands bleiben soll. Die Hauptstadt soll keine so große Stadt sein, und soll möglichst im Herzen Deutschlands liegen. Diese beiden Bedingungen erfüllt das uralte deutsche geographische Zentrum, die thüringische Stadt Ersturt. Es ist weder südlich noch norddeutsch, liegt an zwei wichtigen Hauptbahnen nämlich Stuttgart-Berlin und Frankfurt-Leipzig, ist keine Kleinstadt und keine Großstadt, hat neben 120 000 protestantischen Einwohnern etwa 20 000 katholische und war im Jahre 1850 schon einmal, der Sitz eines deutschen Parlaments.“

Schwedel, 5. Dezember. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Schwedel beschloß, ein Soldatenwerk zu bilden, die das hiesige Handtuch-Devisillon abzulösen und vollständig aus 200 Mann bestehen soll. Um Ueberretungen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu vermeiden, wird ein Standgericht gegründet, das schnell aburteilen und die Wahrung, Waid und Werd auf Todesstrafe erkennen kann. Reichhaltige Lebensmittel, die fast täglich dem Arbeiter- und Soldatenrat zugeführt werden, gelangen in einem Laden an bedürftige Familien zum Verkauf. Dem Ueberhandneh-

men der Diebstähle auf dem Lande soll durch militärischen Schutz entgegengetreten werden.

Gotha, 2. Dez. Fünfhundert Fische kommen in Gotha zur Verteilung. Im Landaber Jagdgebiet sind etwa 1000 Stüd, von denen also die Hälfte nach Abschluß für Gotha bestimmt ist.

Leipzig, 5. Dez. Der vereinigte zweite und dritte Strafsenat des Reichsgerichts verurteilte heute den 19jährigen Kaufmann Kurt Jozef Binkler aus Järich wegen verübten Landesverrats und verurteilt Binkler zu 2 Jahren Festungshaft. Er hat sich dem deutschen Reich als Spion angeboten in der Absicht, das Reich zu betrügen. Er wurde dem Angeklagten mildernde Umstände zugebilligt, weil er sich der Tragweite seiner Handlungswiese nicht voll bewußt war und ein kränklicher, willensschwacher Mensch ist.

Dresden, 3. Dez. Der A. und S. Rat in Dresden hält es für angebracht, den minderbemittelten Bevölkerungsteilen von der Neuanschaffung von Wäpeln, Schuhwaren, Bekleidungsstücken usw. in der gegenwärtigen Zeit abzuraten. Es könne b. stimmt mit einem starken Sinken der jetzigen hohen Verkaufspreise gerechnet werden; in einigen Krisen in mache sich das Fallen der Preise bereits bemerkbar. Es liege darum im Interesse des einzelnen, mit Kräften, die nicht ganz dringend notwendig erscheinen, einen günstigen Zeitpunkt abzuwarten.

Dresden, 4. Dez. In Dresden ist durch das Zurückfließen der Truppen die Gefahr einer ersten Verlausung entstanden. Es ist festgestellt worden, daß Eisenbahnen und Wägen der elektrischen Straßenbahn schon vollständig verlausen sind, so daß sie aus dem Betriebe gezogen werden müssen. Wie man in maßgebender sachverständiger Kreise berichtet, würde für Dresden und überhaupt in der nächsten Zeit die Verlausung eine große Gefahr bilden.

Vermischtes.

— Entlassungen der Kriegessteuerminderungen für das Baunwesen. Durch die Verlegung des Reichstages für die wirtschaftliche Demobilisation ist die Baunwesen durch die Kriegessteuerminderungen aufgehoben. Für die Gewerbesteuerhaltung fallen Freibetragverträge und Abrechnungsgedore fort. Die Abrechnung der Baunwesen durch die Baunwesenstellen kommt gleichfalls in Wegfall. Die Baunwesenverwaltung an deren Spitze die Baunwesenstellen beim Deutschen Baunwesen, Christenbourg, Reichsstraße 74, ist.

Anträge auf Zustimmung von Baunwesen für Baunwesen I. gebühlicher Art, also auch für Baunwesen der ehemaligen Baunwesen, unmittelbar an die zuständigen Baunwesenstellen der Baunwesenorte zu richten.

Nur die Baunwesenstellen muß wegen Mangel an Stellen bis auf weiteres in der bisherigen Weise bestehen bleiben. Als Unterlage für die Baunwesen der Baunwesen dient anstelle der fortfallenden Baunwesen der Baunwesen durch die Baunwesenstellen die Baunwesen der Baunwesen. Den Baunwesen auf Baunwesen ist in Zukunft eine baunwesenrechtliche Baunwesen über die Baunwesen der Baunwesen des Baunwesen und über das für den Baunwesen erforderliche Baunwesen Baunwesen.

Anträge auf Baunwesen sind bei der Baunwesenstellen einzureichen.

Berwegerer Raubüberfall. In der Villa des Rittmeisters Scholler in Rannitz bei Berlin erschienen abends zwei gutgekleidete Männer und begeherten ein Mitglied der Familie zu sprechen. Als der Rittmeister in das Wohnzimmer trat, zogen die beiden Männer ihre Revolver hervor und forderten den Rittmeister auf, sofort seinen Geldschrank zu öffnen. Der Rittmeister befiel ohne seinen Geldschrank und übergab daher den beiden Männern seine Briefschätze, die 500 M. enthielt. Dann entfernten sich die Räuber. Beide Verbrecher konnten verhaftet werden.

Aufsehen erregende Verhaftung. In Königsberg i. Pr. wurde auf Veranlassung des Soldatenrates der Inhaber des altbekannten Bankhauses Gebrüder Schlimm, der Rittmeister und Konjunkt Richard Schlimm, unter dem Verdacht, erhebliche Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Baunwesenabteilung des Raten Kreuzes begangen zu haben, in Haft genommen. Das Baunwesen selbst wird von dieser Maßnahme nicht berührt.

Letzte Nachrichten.
Blünderungen in Söln durch große Räuberbanden.

Söln, 5. Dezember. Nachdem in der vergangenen Nacht bei der Blünderung eines Konfektionsgeschäftes und Goldwägenladens durch eine 300köpfige Räuberbande mehrere Banknoten durch die Sicherheitsorgane erloschen oder schwer verletzt waren, erfolgte im Laufe des heutigen Tages die Verhaftung von 50 an der Blünderung beteiligten Personen.

In der vergangenen Nacht wurden in einem Eisenbahnwagen im Werte von einer Viertel Million geraubt. Nach der rheinischen Zeitung führte heute Vormittag eine nach Tausenden zählende Menge den auf dem Gelände der ehemaligen Baunwesenstellen gelegenen Herderspark, über dem kein Militär mehr anwesend war, wurde den Baunwesen erst nachmittags nach Aufstellung von Baunwesen begangen, deren Räubern die Baunwesen erloschen, Einhalt geboten. Die Zahl der entwendeten Gegenstände ist ungeheuer groß.

Söln, 6. Dezember. Die Rheinische Zeitung meldet aus Mönchen-Gladbach vom 5. Dezember. Heute Nachmittag wurde hier ein Befehl des belgischen Stadtkommandanten Oberleutnant Metzbach angefangen, der im Großen und Ganzen die gleichen Bestimmungen enthält, wie die in Belgien, diese Bestimmungen sind jedoch in einigen Punkten geändert. Zum Beispiel heißt es nicht, daß diejenigen, die mit Waffen betroffen werden, erschossen, sondern verhaftet werden. Ferner ist der Zwang für die Bürger, die Offiziere zu grüßen, weggefallen.

Französische Truppen in Eperay und Kaiserlautern

Kaiserlautern, 5. Dez. Heute Vormittag sind hier mehrere Tausend französische Truppen eingetroffen, darunter eine maozialistische Division.

Eperay, 5. Dezember. Nachdem bereits heute Vormittag 9 Uhr ein Bortrupp von 100 Mann eingetroffen war, rückten um 12 Uhr weitere Bortrupps, Gruppen und zwar das französische 51. Infanterie-Regiment und das 3. Geniekompagnie, zusammen etwa 1500 Mann ein.

Lebensmittel.

- Zum Verkauf kommen:
- Am 7. Dezember** in den Butterverkaufsstellen auf jede gällige Buttermarkt **35 Gramm Butter** zum Preise von 28 Pf.
 - Am 7. Dezember** in der Handeltstra. Maria Krüger auf die Verkaufsummern 361-720 für jede Person **1 Pfund Quark** zum Preise von 55 Pf.
 - Am 7. Dezember** von 8 Uhr vormittags ab in dem Freibanklo. Sale auf jede gällige Fleischmarkt **1 Pfund Wurst.**
 - Vom 12. bis 16. Dezember** auf die gelbe Lebensmittelmarkt Nr. 52 **250 Gramm Marmelade** zum Preise von 50 Pf. b) auf die rote Lebensmittelmarkt **125 Gramm Gers-terknäulen** zum Preise von 11 Pf.
- Teuchern, den 6. Dezember 1918.

Der Magistrat, Zimmermann.

Inventar-Versteigerung.

Montag, den 9. Dezember 1918

von Vormittag 10 Uhr ab

versteigert sich im Auftrage der Frau v. m. Gutsbesitzer Weidlich wegen Aufgabe der Wirtschaft

im **Paul Weidlich'schen Gute in Salzb. b. Beitz** 50 Min. vom Bahnhof Beitz, 20 Min. von Gutsstelle Gynsburg die Baunwesen des Gra-Beitz das vorhandene

lebende und tote Wirtschaftsinventar

- als:
- 3 Pferde**, (12-16 Jahre) **2 Zugschsen**, (4 jährig) **2 Schnittochsen**, **7 Stück Jungvieh** [darunter 1 Kuh].
 - 1 Ableger**, **1 Grassmäher**, **1 Heuwender**, **1 Sämaschine**, **1 Kleefämaschine**, **1 Schippelmaschine**, **1 Häckelmaschine**, **1 Reinigungsmaschine**, **2 Saflische Aderflüge**, **1 Schleppwagen**, **2 dreireihige Walzen**, **1 Ringelwalze**, **1 Kartoffelheber**, **2 Eggen**, **1 Saatkage**, **2 Jgel**, **2 Krümmer**, **1 vierzöll. u. 3 dreizöll. Wagen**, **1 Brechwagen**, **1 Jauchwagen mit Kohl**, **1 Halberde**, **1 Droschke**, **1 Reimschlitten**, **1 Laufschlitten**, **4 Ruffsch. 4 Ader-**, **1 Seilenzschärer**, **3 Heufelle**, **1 Centrifuge**, **1 Bitterkaff.**, **1 Viehwage**, **1 Wäscherolle** u. verschiedene Esetenen und Wirtschaftsgüter
- neitziehend gegen Verzug. Ausnahmsgenehmigung für Vieh ist nachgeschickt. Einzugselbstversteigerung ist mitzubringen. Die Versteigerung des Viehes beginnt um 12 Uhr. **Max Panner**, vereid. Versteigerer und Auktions. Beitz, Altmarch Nr. 11.

Bekanntmachung!

Auf Grund einer Anordnung der Reichsregierung ist bekannt, daß Anträge auf Anstellung von Wahl- oder Schlichtern für Weizenfeld, den 4. Dezember 1918.

Der Vorsitzende des Kreisauflusses, **Partels, Landrat.**

aus dem Felde zurück eröffne ich am heutigen Tage mein **Herren und Damen Frisiergeschäft** vorläufig Steinweg 4 i. Etg. und bitte die geehrten Einwohner von Teuchern und Umgegend mich gütig unterstützen zu wollen. Achtungsvoll **Albert Herrmann** Anfertigung sämtlicher Haararbeiten und Einkauf von Wirt haar.

Kirchliche Nachrichten.

am 2. Advent (S. 12. 18) **Teuchern:** Vorm. 10 Uhr. Predigt danach Beichte u. f. Abendmahl. **Str. Leigmann.** Nachm. 1 1/2 Uhr. Kirchengottesdienst. **Dypr. Plage-**mann. **Unterrichten:** Vorm. 4/9 Uhr. **Str. Leigmann.**

1 Schmiedelehrling für sofort oder Osten gesucht. Zu erfragen bei **Schneider,** Beitzertstr. 4.

K i n d sucht in liebevolle Pflege zu nehmen. Frau **Marie Sahl,** Groben Nr. 8

Conbergs hübsches Mädchen oder Frau für alle Hausarbeiten sucht **Frau Dohleben.**

Pianos

neu und gebt. in jeder Preislage. **H. Schmitt & Co. Beitz,** Piano- und Orgelbau. obere Kaiser Wäpelnstr. 60. **Stimmbestellungen** werden angenommen. **D. D.**

Ein Posten Meerrettig ist zu verkaufen **Zeitlerstr. 32.**

Ein Paar **Schnallenstiefeln** und mehrere **Töpfe** verkauft **Leunhardt,** A. Hofstr. 7.

h u n d entlaufen. Wiederbringer erhält Belohnung **Georg Galtjoh Schüran.**

Freitag, Sonnabend und Sonntag

Sauerbraten und Beefsteak

G. Schirmer.

Gasthof Oberneffa.

W. Billes Theater im Saale des Herrn **Chinn.**

Freitag den 8. Dezember wird aufgeführt **Das Findelkind** oder **Wiedergefunden.**

Schauspiel in 6 Akten. **Freitag, 1/4 11 Uhr** **Kindervorstellung.** **Kasper als Turmwächter.** 4 Akte.

Eintrittspreise für Erwachsene 60 Pf. Kinder 25 Pf. A. f. abends 10 Uhr. Es laet freundlich ein **H. Zinn, Gastwirt. W. Wite.**

Gasthof Buntal Zu dem Sonntag den 8. Dez. stattfindend n

Konzert

in feilich decorierten Saal, ausgeführt von der Stadtkapelle Teuchern, es laet freundlich ein **Dreßler, Gustav Schmidt** Director.

Im Interesse der rechtzeitigen Fertigstellung des Wöchentl. Anzeigers werden

Anzeigen

des Anzeigers vom 11. bis 13. Dezember 1918. Es laet freundlich ein **Georg Galtjoh Schüran.**

Später eingehende Anzeigen werden nicht mehr aufgenommen werden.

Die Geschäftsstelle.

Bekanntmachung

Bei den in letzter Zeit stattgefundenen Pferde-Versteigerungen ist es vorgekommen, daß Inhaber von Pferdearten diese an Unbefugte — zum Teil Händler — weitergegeben haben. Dadurch sind Unzutraglichkeiten entstanden, weil die betr. Unbefugten darauf ansahen, die zu versteigerten Pferde zu Preisen hochzutreiben, welche Minderbemittelte einfach nicht zu zahlen imstande waren.

Um diesen Minderbemittelten, die ihre Bedürftigkeit durch amtlichen Ausweis nachgewiesen hatten auch in den Besitz von weniger teuren Pferden, die nicht auf dem Wege der ungerechten Versteigerung so hoch gestiegen waren, gelangen zu lassen, verfügte das Generalkommando in ganz vereinigten Fällen, daß diesen Leuten Pferde zum Doppelpreis überlassen würden. Da auch dieses zu Unzutraglichkeiten geführt hat, weil in jedem Falle die Bedürftigkeit nicht genau von hier festgestellt werden konnte, bestimmt das Generalkommando hiermit folgendes:

Am Sonnabend, den 7. Dezember 1918, vorm. 9 Uhr, findet auf dem Hofe der Train-Kaserne in Magdeburg eine öffentliche Pferde-Versteigerung statt, bei der nur folgende Käufer zugelassen sind:

1. Kriegsbeschädigte, die durch die Kriegsbeschädigung bedürftig geworden sind, um sich Pferde zu halten 2. Minderbemittelte, die sich als solche ausweisen können.

Die Käufer müssen persönlich erscheinen oder im Befindlichkeitsfalle sich durch eine von der zuständigen Polizeistelle (Gemeindevorstand, dem Landrat) zu bezeichnende Person vertreten lassen.

Jeder Käufer darf nur bis zu 2 Pferden kaufen.

Die zuständigen Polizeistellen (Gemeindevorstand, der Landrat) werden ersucht, die betr. Käufer mit den entsprechenden Ausweisen zu versehen.

Ohne diese Ausweise ist die Teilnahme an der Versteigerung nicht gestattet. Es kommen nur Personen in Frage, bei welchen es klar erwiesen ist, daß sie nicht in der Lage sind, trotz der Notwendigkeit der Anschaffung der Pferde hohe Preise zu zahlen.

Magdeburg, den 8. Dezember 1918.

Der Exekutiv Ausschuß IV. A. R. Von Seiten des Generalkommandos.
Vord. Herrjurtz. Für den Chef des Stabes
von Weierhagen, Major.

Bekanntmachung

In letzter Zeit haben mehrfach geschlechtskranke Heeresangehörige die Lazarette vor abgeschlossener Behandlung eigenmächtig verlassen. Diese Aufgabe der ärztlichen Behandlung macht ernte, im Falle der Verschleppung schwer heilbare Folgerkrankungen für den Erkrankten unvornehmlich, gefährdet aber auch in hohem Maße das allgemeine Volkswohl.

Es ist daher Pflicht der genannten Heeresangehörigen, sich wieder in das nächstgelegene Lazarett zu begeben, wo, u. a. sie hiermit aufgefordert werden. Die Lazarette dürfen erst verlassen werden, wenn der Arzt die Entlassung anspricht.

Sollte dieser Aufforderung nicht Folge geleistet werden, so werden die Namen der Erkrankten öffentlich bekannt gemacht werden.

Der stellvertretende Kommandierende General v. Werder, Der Arbeiter- u. Soldatenrat. R. Eberhardt.

Arbeitsnachweis Teuchern.

Für die Stadt Teuchern und die umliegenden Orte ist hier ein

Arbeitsnachweis

errichtet worden, der dem in Weissenfels für den Stadt- und Landkreis Weissenfels bestehenden Arbeitsnachweis und dem Arbeitsnachweiserband Sachsen-Anhalt in Magdeburg angeschlossen ist.

Der Arbeitsnachweis vermittelt Stellen jeder Art. Die Vermittlung geschieht völlig kostenlos.

Der Arbeitsnachweis befindet sich hier, Badestrasse 4, er wird von dem Faktor i. A. Herrn Reumann verwaltet. Geschäftsstunden sind vorläufig täglich von 11—1 Uhr, doch ist der Bewerber in Bedarfsfällen auch außerhalb dieser Zeit zu sprechen. Der Arbeitsnachweis wird in den nächsten Tagen unter Nr. 11 dem öffentlichen Fernsprechamt beim Postamt Teuchern angeschlossen.

Arbeitgeber und Arbeitnehmer bitten wir, sich in Bedarfsfällen des Arbeitsnachweises zu bedienen.

Teuchern, den 6. Dezember 1918. Der Magistrat, Zimmermann.

Bekanntmachung

Die durch den Herrn Regierungspräsidenten ausgestellten Saaten für Winterweizen, Winterroggen und Wintergerste, auf die eine Lieferung von Saatgerste bisher nicht erfolgt ist, sind bis zum 15. Dezember 1918 an die Stadtreise- und Mehlstelle zurückzugeben. Saaten, die bis zum 15. Dezember 1918 nicht eingeliefert sind, werden auf Kosten des Erläuternden eingezogen.

Weissenfels, den 5. Dezember 1918. Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses Der Landrat, Bartels.

Durch Verordnung des Preussischen Landesverwaltungsamts vom 25. Okt. 1918 werden die Reichsbrotmarken über 500 Gramm mit Ablauf des 15. Dezember 1918 außer Kraft gesetzt. Es darf also vom 16. Dezember 1918 ab auf sie Brot u. f. m. nicht mehr verarbeitsgt werden. Die Marken müssen bis zum 20. Dezember 1918 der Stadtreise- und Mehlstelle vorgelegt werden. Später wird auf sie kein Recht mehr verarbeitsgt. Die Reichsbrotmarken über 500 Gramm bleiben auch weiterhin in Geltung.

Weissenfels, den 5. Dezember 1918. Der Vorsitzende des Kreis-Ausschusses, Bartels.

Sterbe-Kassen-Gesellschaft.

Hiermit allen künftigen Mitgliedern zur Nachricht, daß sämtliche rückständigen Beiträge bis Weihnachten d. J. beglichen sein müssen widrigenfalls jedes künftige Mitglied als freiwillig ausgeschieden betrachtet wird.

Der Gesamt Vorstand.

Gebser & Co. :: Bankgeschäft

Telegraph-Anschluß: G e b s e r b a n k, Naumburg a. S. Naumburgsaal. Fernsprecher Nr. 41. Reichsbank-Giro-Konto. Post-Scheck-Konto! Leipzig 14049.

Eröffnung von laufenden Rechnungen, Scheck- und Depositen-Konten.

Verzinsung der Guthaben mit 4 bis 4 1/2 % je nach Vereinbarung.

Freiwillige Versteigerung

Sonnabend, den 7. ds. M. 3 Uhr nachm.

versteigere ich in Teuchern, Sommerplatz Gasthof Bornheim Schützenstr.

1 Wäscheschrank, 1 Kleiderschrank, 2 Tische, 11 verschiedene Stühle, 1 Küchisch, 1 Nähmaschine, 1 Wäscheschrank mit Marmorplatte, 1 Rollkommode mit Glaschrank, 2 Vertikalen mit Patentmatrasen, 1 Kleiderschrank, 1 Kippsofa, 1 Kleiderschrank, 1 Kleiderschrank, 1 Wanduhr, 1 Gängelampe, 3 Regale, 1 Kommode, u. v. a. Sachen, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung.

Die Gegenstände sind gebraucht, gut erhalten und können von 290 Ufr. an beschafft werden.

Radefeld, Gen. in 3 Rtz.

Teuchern Gasthof zum Löwen Öffentl. Volksversammlung

Sonntag, den 8. Dezember 1918. Nachmittags, 3 Uhr

Der bisherige Landtagsabgeordnete Julius Galle wird über: Ziele und Forderungen der Deutschen Demokratischen Partei

reden. Hierzu sind alle wahlberechtigten Einwohner von Teuchern und Umgegend eingeladen.

Freie Aussprache.

Der Arbeitsausschuß der Bürgerlichen Parteien.

Teuchern. Gasthof zum grünen Baum Sonntag, den 8. Dezember 1918.

Großer humoristischer Abend

angeführt von der Gesellschaft „Concordia“ Einlass 6 Uhr. Um recht zahlreichen Besuch bittet Anfang 7 Uhr.

Der Wirt. Die Gesellschaft.

Vorführung in den bestbewährten Händen des Herrn Krause.

Lichtspiele „Weisse Wand“

Teuchern.

Sonnabend u. Sonntag 7. u. 8. Dezember. „Der Kampf um den Sturmvogel“

Dreifeldbroschüre in 4 Akten.

„Das Perlenhalsband“

Dreifeldbroschüre in 4 Akten.

In beiden Filmen aufregende Spannung von Akt zu Akt.

„Paul auf der Vergnügungsreise“

Lebensbilder — Kompendienfolge.

Beginn der Vorstellungen um 8 Uhr.

Trotz enormer Mehrkosten keine Preiserhöhung. Es wird höchst gebeten, um Andrang zu vermeiden, nach Möglichkeit die erste Vorstellung zu besuchen.

Beginn der 2. Vorstellung 1/8 Uhr.

Sonntag von 1/2—5 Uhr

Große Volks- und Jugendvorstellung.

Herrliches Weihnachtsspielen.

Erwachsene Nachmittags 40 Pfg. Kinder 30, 25, 20 und 15 Pfg.

Gestern Abend 10 Uhr entschlief sanft unsere liebe Mutter und Grossmutter

Friederike Weber.

Dies zeigen an Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet Sonntag den 8. Dez. 1/3 Uhr statt.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme beim Begräbnis unseres lieben Entschlafenen sagen wir allen Verwandten und Bekannten herzlichen Dank. Dank auch Herrn Pastor Leitzmann für die tröstenden Worte am Grabe. Dank den Trägern für das letzte Geleit.

Die trauernden Hinterbliebenen. Familie Leithold. Teuchern, d. 6. Dez. 18.

Dank.

Für die liebevolle Anteilnahme beim Tode und Begräbnis unseres lieben Sohnes

Kurt

sagen wir hiermit unsern aufrichtigsten Dank.

Familie

Ernst Rassmussen

nebst Verwandten.

Todesanzeige.

Heute Mittag 12 1/2 Uhr entschlief sanft nach kurzem aber schweren Leiden unserer gute Tochter, Schwester, Nichte und Kusine

Frieda Zepperitz

im 18. Lebensjahre, drei Tage nach ihrem Geburtstage.

Dies zeigt tiefbetäubt an Witwe Pauline Reiss nebst Geschwistern u. Tante.

Todesanzeige.

Kaum den alten Schmerz überwunden, erhielten wir die Trauer-Nachricht, dass unser lieber Sohn, Bruder und Schwager

Ernst Schwarze

in seinem 26. Lebensjahre am 1. Dezember im Lazarett zu Cottbus verstorben ist.

Die Beerdigung hat in Cottbus stattgefunden.

Teuchern, den 6. Dez. 1918.

In tiefstem Schmerz

Familie Hermann Schwarze.

Wöchentliches Anzeiger

für Teuchern

und Umgegend.

Anzeigenpreis: Die fünfgepatene Korpusseite 15 Bg.

Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle dieses Blattes, Zehnerstraße 10 bis spätestens vormittags 10 Uhr. Gestrichen und komplette Anzeigen müssen am vorhergehenden Tage in unseren Händen sein.

Erscheint wöchentlich 3 mal, und zwar Montag, Mittwoch und Freitag abends 7 Uhr für den folgenden Tag.



Stierstedter Druckerei: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 Bg. von unierten Seiten aus, durch 1,75 Bg. von unierten Seiten aus, durch 1,75 Bg. von unierten Seiten aus.

Stierstedter Druckerei: durch unsere Geschäftsstelle 1,60 Bg. von unierten Seiten aus, durch 1,75 Bg. von unierten Seiten aus, durch 1,75 Bg. von unierten Seiten aus.

Amstliches Verkündigungsblatt für die Stadt Teuchern.

N: 144.

Sonnabend, den 7. Dezember 1918.

37. Jahrgang.

Der Zustand in Deutschland.

Zwei Strömungen haben sich in Deutschland jetzt besonders bemerkbar gemacht: zuerst der Streit darüber, wer in der Regierung mitwirken und in Einzelheiten das erste Wort sprechen soll, und zweitens der Streit nach mehr Verdienst, Gehalt, Einmalige, kurzum, nach mehr Geld. Im ersten Fall ist nicht sehr daran gedacht, daß wichtiger als das Regieren der deutsche Republik deren Erhalten ist, denn die Ereignisse zeigen sich mit Herberungsplänen gegen uns, und im zweiten Fall ist wenig danach gefragt, woher all das geforderte Geld kommen soll. Wichtiger als die Sicherung des Geldes ist diejenige eines lebensfähigen deutschen Staates. Ist der nicht da, gibt es weder viel Geld zu verdienen, noch viel zu regieren.

Im feindlichen Ausland, und zwar nicht nur in Frankreich, England, Italien, Amerika, sondern auch in Polen und bei den Tschechen in Böhmen wird der Zustand in Deutschland so entsetzt in den Zeitungen geschildert, daß man denkt, keine Mühsal mehr nehmen zu brauchen. Aus dem bei uns herrschenden Streit der Worte werden wilde Lagen der Ausfereitungen gemacht, die Gott sei Dank in dieser Zeit doch nicht vorgekommen sind. Die deutsche Regierung darf diese Verleumdungen nicht tadeln, es folgen sonst noch Feinde der wilden Lagen. Die Ansetzung des Termins für die Wahlen zur Nationalversammlung genügt allein noch nicht, die deutsche Republik muß auch die bisher noch fehlende Anerkennung finden. Nicht die Anerkennung, hängt auch die Garantie für die Lebensmittellieferung in der Luft. Die Erträge sind brennender denn je, denn wir wissen nicht, welche Bedingungen noch für den Beginn der Friedensverhandlungen gestellt werden. Auch die Sicherung der

darung zwischen den Alliierten und den Mittelmächten zu treffen, die dahin gehen sollte, daß sämtliche deutschen Schiffe für die Rettung der gesamten Welt fahren, oder daß auf deutschen Rüstungen neue Schiffe für die britischen oder anderen Kaufschiff-Flotten gebaut werden.

4. Außer dem Schadenersatz für Verluste und Frankreich ist eine Entschädigung für sonstige Verluste zu zahlen.

5. Alles in Deutschland vorhandene Gold wird den Alliierten ausgeliefert.

6. Von der Erzeugung der deutschen Kohlenbergwerke wird eine Abgabe erhoben, die eine Reihe von Jahren beibehalten werden muß. Außerdem ist die deutsche Kohlenzeugung unter die Kontrolle der Alliierten zu stellen.

7. Die Bergzeugungen in Italien, Serbien und Rumänien sind gleichfalls wieder gut zu machen.

Wie man die Kirche vom Staat trennen will.

In den ersten Revolutionsstagen ist man, wie noch erinnert, mit umfänglichen Beschläffen sehr freigebig umgegangen, aus der alten Erfahrung heraus, daß Papier geldig ist. Auch Herr Adolf Hoffmann, der neue brennische Kultusminister, hat damals sofort einem seiner Stedenverbe die Zügel locken lassen, und prompt die Trennung von Staat und Kirche dekretiert. Er wollte sogar den Gefälligen beider Konfessionen schon am 31. Dezember das Gehalt sperren.

Nachher hat auch Herr Hoffmann etwas Wasser in seinen roten Revolutionswein tun müssen. Zu schiffen aus dem Lande, manche in nicht besonders hohem Maße, haben ihn darüber belehrt, daß das christliche Volk einen Eingriff in den religiösen Glauben nicht ernstlich vertritt. Auf eine Eingabe von Kreisrätern der Gentrumpartei des Wahlkreises Dortmund-Hörde hat nun Hoffmann seinen Standpunkt wie folgt erwidert:

„... auch von den neuen Männern denke niemand daran, die religiöse und Gewissensfreiheit anzutasten. Das Erziehungsrecht der Eltern werde ungeschmälert bleiben, deshalb sollten die Eltern das Recht haben, ihre Kinder von Angestellten derjenigen Kirche, welcher sie selbst angehören, in ihrem Glauben erziehen zu lassen.“

Dem Christentum werde volle Freiheit und Gleichberechtigung nach jeder Richtung hin gewährleistet.

Einsichtig die Trennung von Staat und Kirche sei es selbstverständlich, daß an dem Etat, der bis zum 1. April 1919 laufe, nichts geändert werde. Sollte die Trennung bis dahin nicht vollzogen werden, so werde ein schrittweiser Abbau der Bezüge der Kirche in ihrer Weise vorgenommen werden, der feinerste soziale Härten, besonders gegen die ärmeren Gemeinden, mit sich bringen.

In welcher Weise sich aber der Kultusminister von der christlichen Volksgemeinde „loszulösen“ versucht, darüber belehrt und ein anderer Erlass von ihm, dessen Inhalt vom Evangelischen Presseverband wie folgt wiedergegeben wird:

„Kein Lehrer soll mehr angehalten werden dürfen, Melationsunverbot anders als freiwillig, wo ein solcher dann überhaupt noch erteilt wird, zu senden brauchen. Sobald die Kinder 14 Jahre alt geworden sind, sollen sie selber darüber entscheiden dürfen, ob sie noch an Religionsunterricht teilnehmen wollen. Aber die durch den Fortfall des Religionsunterrichts der Regierung des bisherigen Lehrers freigeordneten Stunden soll als bald anderweitig verlegt werden, falls sich nicht sofort freiwillige Kräfte, insbesondere Geistliche, finden die den Unterricht übernehmen.“

Wie diesen Verfügungen wird Hoffmann, abgesehen vielleicht von den Hochburgen seiner Umgebungen Glück haben.

Zur Lage.

Soll und Erzherrger lassen sehen.

In der letzten Sitzung des Bolltagsrat erstattete ein Delegierter des bayerischen Arbeiterrates Bericht über die Forderung der bayerischen Regierung, die es für ausgeschlossen hält, mit Soll und Erzherrger Frieden zu bekommen. Hieran schloß sich der Bericht von einem Mitgliedern des Bolltagsrats, die zur Information in München mitteilten. Gemäß dem Antrag eines bayerischen Delegierten wird die Kommission, die die Forderung des Ministerrats erfüllt wird, und der Erzherrger nicht an den Friedensverhandlungen teilnehmen soll.

Die Kent des Bolltagsrates tun wirklich alles, was in ihrer Macht steht, um den Frieden Deutschlands mit der Entente zu verzögern. Ein politischer Wechsel in der Leitung des Waffenstillstands-Kommission und des Auswärtigen Amtes müßte natür-

lich die Verhandlungen aufhalten, wenn nicht gar nur lange unmöglich machen.

Die Verhandlungen mit Ruhe abwarten.

Auf die im Auftrag von Marciall hoch an unsere Vertreter gerichtete Anfrage, ob Deutschland die im Waffenstillstandsvertrag gestellte Forderung auf die Erfüllung der großen Atomotoren annehmen wolle oder nicht, ist von unserer Seite noch rechtzeitig vor Ablauf der uns gestellten Verhandlungsfristen keine Antwort erteilt worden, in der erklärt wird, daß die Forderung auf Auslieferung der großen Atomotoren über die Abmachungen des Waffenstillstandsvertrages hinausginge, da dort wohl die Zahl, aber nicht die Qualität der Atomotoren festgelegt werden sollte. Es müsse daher betont werden, daß die jetzt ergehenden Ansprüche rechtlich nicht als begründet seien. Mit ihrer Verlautbarung sei somit eine neue Situation geschaffen. Wenn wir ihr näher treten wollten, müßte die Auslieferung bis zum 1. Februar hinausgeschoben werden, damit die reparaturbedürftigen Atomotoren herausgenommen werden könnten. Eine Antwort auf diese dringliche Erklärung war bis dahin noch nicht eingegangen, so daß unsere Vertreter darüber, ob Marciall sich von ihr befriedigt erklärt hat, noch nicht möglich ist. Wie gemeldet, hält sich hoch zurzeit in London auf. Ein Grund zu befürchten, wenn die Auslieferung nicht vor dem 1. Februar erfolgt, so wird die Verhandlungen mit der Entente mit mehr Ruhe aufgenommen, schon allein weil alle gegenseitigen Versicherungen der deutschen öffentlichen Meinung nur dann angehen, wenn auf die Bedingungen mit Marciall eingegangen wird. Sonstiger Weise ist ebenfalls alles um die deutschen Interessen in jeder Lage nach streifen zu wahren.

Die Heeresaufträge müssen teilweise fortgesetzt werden. Die Forderung auf den Friedensaufbau unserer Wirtschaft erfordert eine möglichst schnelle Einleitung aller Maßnahmen. Da es aber in vielen Fällen nicht möglich sein wird, die Arbeitskräfte in vollem Umfang weiter zu beschäftigen, muß die Arbeitsarbeit möglichst vollkommen eingestellt werden, noch bevor Friedensarbeiten ausführbar sind. In solchen Fällen werden teilweise fortgesetzt werden. Solche Arbeiten werden teilweise wie die bereits ordnungsmäßig abgeleiteten Gegenstände teilweise der Sachverwaltung überlassen. Darüber bestehende Zweifel haben zu Arbeitsbeschäftigung und Beschäftigung geführt, die besser vermieden werden müßten.

Wohlstand nachmittag 3 Uhr 30 Minuten hat das Gros des 10. deutschen Regiments Köln vom Dome aus verflissen.

Protest gegen französische Übergriffe. Gegen die schwarzen Besatzungstruppen gegen die Einbeziehung von Saarbrücken und Saarbrücken gegen die Übergriffe deutscher Gebiete - gegen das Kreuz-Geleit.

Die Bestimmung der schweizerischen Regierung in den Bestimmungen der Entente in Wien folgende Proteste angegangen:

1. Den, der deutschen Regierung vorliegenden Nachrichten zufolge, sind vor einigen Tagen farbige französische Truppen in die Pfalz einmarschiert, dann aber wieder zurückgezogen worden, da sie vor dem im Waffenstillstandsvertrag festgelegten Termin eingetroffen waren. Es sollen aber auch jetzt noch an der Sabergene der Pfalz zum Einmarsch bereits farbige Truppen stehen. Die deutsche Waffenstillstands-Kommission in Spaar hat auf ihre Anfrage, ob eine Besatzung deutschen Gebietes durch farbige Truppen geplant sei, eine Antwort bis jetzt nicht erhalten. - Schon in den wenigen Tagen ihres Aufenthaltes in der Pfalz haben sich die

schwarzen französischen Truppen Notstandsverbrechen und andere Ausgründungen zu Schulden kommen lassen. - Die deutsche Regierung muß sich auf das höchste dagegen verteidigen, daß der Bevölkerung des von der Entente zu besetzenden deutschen Gebietes eine farbige Besatzung zu-mutet werde. Es hat das Recht, zu fordern, daß die Besatzungen des Waffenstillstandes, welche nach der für feierlich erteilten Erklärung eines Friedens des Reichs bereitwillig und dem Bund der Völker einleiten soll, in einem Geiste gehandhabt werden, die diesem hohen Ziele und den allgemeinen Grundsätzen der Menschlichkeit entsprechen. Die Besatzung des unterworfenen deutschen Gebietes erfolgt nicht im Wege kriegerischer Eroberung.

sondern freiwillig, auf Grund eines abgeschlossenen Vertrages. Die Besetzung farbiger Truppen auf deutsches Gebiet ist ein Verstoß auf das Gefühl der Menschlichkeit der



meren läßt es sich nicht. Und Vorbereitung ist, daß das Rollen des deutschen Reiches in lebensfähiger Form gegenüber den offenen feindlichen Bedrohungen uns gewährleistet wird. Auf hartnäckige Verträge allein können wir nichts geben, dafür haben wir Kräfte genug und dafür bekommen wir auch immer wieder neue Beweise.

Was Deutschland zahlen soll.

Der parlamentarische Mitarbeiter der entschieden liberalen „Daily News“ sagt, daß folgende Vorschläge für Schadenersatzleistungen von den Alliierten gemacht wurden:

1. Während einer Reihe von Jahren soll Schadenersatz in Geld geleistet werden, und zwar für sämtliche in Belgien und Frankreich angerichteten Schäden. Diese werden auf 2-2,5 Milliarden Pfund Sterling bezuschlagt.

2. Sämtliche vernichteten Häuser in den Städten dieser Gebiete müssen von deutschen Arbeitern aufgebaut und das zu dem Wiederaufbau notwendige Material von deutschen Arbeitern beschafft werden.

3. Es soll Schadenersatz für den vernichteten Schiffbau geleistet werden. Dazu ist eine Reihe